



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.586.380

Wien, am 1. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen, haben am 5. Juli 2023 unter der Nr. **15464/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Was passiert nach dem Runden Tisch gegen Hassverbrechen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 6 und 7:

- *Welche konkreten weiteren Schritte plant Ihr Ressort auf Basis der Ergebnisse des Runden Tisches vom 26. Juni 2023? Bitte um detaillierte Auflistung?*
- *Im Zuge des Runden Tisches wurde von Expert*innen das Fehlen valider Daten im Bereich transfeindlicher Hassverbrechen (beispielsweise durch deren fehlende Auswertbarkeit in den momentan angewandten Kategorien) kritisiert: Welche konkreten Schritte planen Sie, um diesen Umstand zu ändern?*
- *Im Zuge des Runden Tisches wurde von Expert*innen das Fehlen niederschwelliger Meldeformen (beispielsweise im Fall von Fahنشändungen) kritisiert: Welche konkreten Schritte planen Sie, um diesen Umstand zu ändern?*
 - a. *Planen Sie insbesondere die Einrichtung einer Meldestelle für LGBTIQfeindliche Hassverbrechen, ähnlich jenem Modell, das bereits im Bereich Hass im Netz angewandt wird?*

Die Ausprägung „Trans/Transgender“ wird ab Jänner 2024 in der Kategorie „Geschlecht“ neben „Mann“, „Frau“ und „Andere“ im polizeilichen Protokolliersystem aufgenommen werden. Im Lagebericht Hate Crime 2022 wurde bereits auf die transfeindlichen Vorfälle eingegangen.

Der Fokus liegt auf dem Ausbau und dem Sichtbarmachen bereits vorhandener Möglichkeiten: Die Kooperationen mit Organisationen der Zivilgesellschaft werden zur Erhöhung des gegenseitigen Vertrauens und der Anzeigenbereitschaft vertieft, die Polizei wird durch Schulungen, Intranetbeiträge und Newsletter kontinuierlich sensibilisiert; vorhandene Ansprechstellen wie etwa das Referat für Diversität der Landespolizeidirektion Wien werden sichtbar gemacht. Weiters wird Hate Crime im Rahmen von Gemeinsam.Sicher durch Schulungen vermittelt, wodurch weitere Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen in den Polizeiinspektionen auf regionaler Ebene zur Verfügung stehen.

Zur Frage 2:

- *Werden die Ergebnisse dieses Runden Tisches dem Parlament zur weiteren Behandlung/Diskussion zugeleitet?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. *Wenn nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?*

Die Ergebnisse wurden im Rahmen des Runden Tisches am 26. Juni 2023 den Mitgliedern der parlamentarischen LGBTIQ-Intergroup präsentiert.

Zur Frage 3:

- *Inwiefern ist Ihr Ressort in die angekündigten technischen Anpassungen im IT-System der Justiz eingebunden?*
 - a. *Bis wann sollen diese Anpassungen spätestens umgesetzt sein?*
 - b. *Werden sich Kategorien im IT-System der Polizei mit jenen im IT-System der Justiz decken bzw. sollen die Kategorien (z.B. hinsichtlich der Auswertbarkeit transfeindlicher Hassverbrechen) gemeinsam verbessert werden?*
 - c. *Inwiefern werden diese Anpassungen, wie medial angekündigt, auch ein schnelleres Vorgehen der Polizei ermöglichen?*

Die technische Anpassung im IT-System der Justiz fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres. Da dieses System aber auf die bereits bestehende Schnittstelle des elektronischen Rechtsverkehrs aufbaut und bereits bei der Entwicklung des Erfassungssystems von vorurteilsmotivierten Straftaten im polizeilichen

Protokolliertensystem ein enger Austausch mit dem Bundesministerium für Justiz bestand, ist von einer engen Kooperation auszugehen.

Zur Frage 4:

- *Welche konkreten Schritte planen Sie insbesondere hinsichtlich der angekündigten „verstärkten Täterarbeit“?*
 - a. *Welches Budget wird dafür in welchem Zeitraum zur Verfügung stehen?*

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 5:

- *Sind analog zu den angekündigten „umfangreichen Aus- und Fortbildungsprogramme(n) im Bereich Hatecrimes für Richter und Staatsanwälte“ auch neue Programme bzw. die Adaptierung bestehender Programme im Bereich der Polizei geplant?*
 - a. *Wenn ja, wann und mit welcher konkreten Zielsetzung?*
 - b. *Wenn nein, warum sehen Sie dahingehend keine Notwendigkeit?*

Es wird auf die bereits bestehende umfangreiche Aus- und Fortbildung im Bereich des Bundesministeriums für Inneres und die Beantwortung der Fragen 5 bis 9 der Anfrage 6310/J vom 14. April 2021 (6200/AB XXVII. GP) verwiesen.

Auf Neuerungen und Erkenntnisse aus der Qualitätsüberprüfung wird in den Newslettern eingegangen, die in den Antworten zu den Fragen 7 bis 9 der Anfrage 11624/J vom 6. Juli 2022 (11381/AB XXVII. GP) näher erläutert werden.

Gerhard Karner

